

II-830 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR BAUTEN UND TECHNIK**

Wien, am 17. Jänner 1984

Zl. 10.101/144-I/1/83

Parlamentarische Anfrage Nr. 360/J
der Abg. Dr. SCHRANZ und Genossen
betreffend Lärmschutz

334/AB

1984 -01- 19

zu 360/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Anton B e n y a

Parlament
1010 W i e n

Auf die Anfrage Nr. 360/J, welche die Abgeordneten Dr. SCHRANZ und Genossen am 12. Dezember 1983, betreffend Lärmschutz, an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1) und 3):

Nach Inkrafttreten der Novelle 1983 zum Bundesstraßengesetz 1971 wurden für das Jahr 1983 für das gesamte Bundesgebiet Mittel in der Höhe von 130 Mio.S für Lärmschutzmaßnahmen an bestehenden Bundesstraßen bereitgestellt. Davon entfielen auf die Bundesländer

Burgenland	4,0 Mio.S.
Kärnten	11,0 Mio.S
NÖ	20,0 Mio.S
OÖ	11,0 Mio.S
Salzburg	11,0 Mio.S
Steiermark	11,0 Mio.S
Tirol	11,0 Mio.S
Vorarlberg	11,0 Mio.S
Wien	40,0 Mio.S

Diese Aufteilung der Mittel beruhte auf entsprechenden Abschätzungen des dringlichsten Bedarfes der in den Bundesländern eingegangenen Anträge.

Da mit der Realisierung derartiger Vorhaben an bestehenden Bundesstraßen erst nach Inkrafttreten der vorangeführten Gesetzesnovelle begonnen werden konnte und diese Maßnahmen einer entsprechenden Vorbereitung bedürfen, konnte

./.

- 2 -

im heurigen Jahr nur ein Teil dieser Mittel verbraucht werden.

Für das Jahr 1984 wird angestrebt werden, die einzelnen Raten der Bundesländer um die 1983 nicht verbrauchten Mittel zu erhöhen.

Zu 2) und 4):

Das Bundesland Wien hat insgesamt Mittel in der Höhe von 1,0 bis 1,5 Milliarden S beantragt, wovon auf besonders dringliche Maßnahmen 94,5 bis 141,7 Mio.S entfielen. Für letztere wurden 1983 40,0 Mio.S zur Verfügung gestellt, wovon für bisher 300 bewilligte Ansuchen um Gewährung einer Beihilfe für den Einbau von Lärmschutzfenstern 8,0 Mio.S ausgegeben wurden. Weiters liegen auf Grund dieser Ansuchen Zahlungsverpflichtungen von rd. 4,5 Mio.S vor.

Die Gesamtzahl der Einzelansuchen (Lärmschutzfenster) für das Jahr 1983 werden mit ca. 1.800, die der erteilten Bewilligungen mit ca. 1.000 geschätzt. Daraus ergibt sich für das Jahr 1984 ein weiterer Kreditmittelbedarf von rd. 40 Mio.S.

Zu 5):

Die erforderlichen Mittel sind mit mindestens 1 % der jährlich für den Ausbau und die Erhaltung und Bundesstraßen zweckgebundenen Einnahmen aus der Mineralölsteuer festgelegt. Im Sinne der betroffenen Bevölkerung wäre es sicher wünschenswert, höhere Mittel aufzuwenden. Diese würden jedoch einen höheren Personalbedarf bei Bund und Ländern erfordern um einen sinnvollen Einsatz dieser Mittel sicherzustellen.

Zu 6):

Ich stehe den Bemühungen um Umweltschutz positiv gegenüber und bin bestrebt, die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen möglichst in der von der Bevölkerung gewünschten Form zu berücksichtigen.

